ISSN 1611-1583
Nr. 2 / 29. Jahrgang
Juni 2014
14.00 €

Waterkant

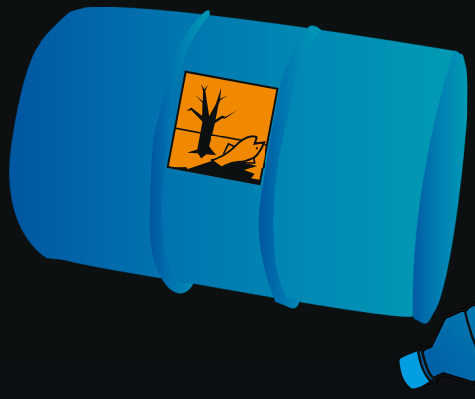
Umwelt + Mensch + Arbeit in der Nordseeregion
www.waterkant.info

Ein anderes Meer ist möglich

über die Grenzen des Blauen Wachstums und die Zukunft der Ozeane

Zivilgesellschaftliche Konferenz zum Europäischen Tag der Meere

^ Schwerpunkt dieser Ausgabe ^



Weitere Themen:

TTIP-Abkommen – Verhindern!
Nachhaltigkeit – Verkehrte Welt
Untergrund – Lecks und Abwässer
Kiter im Watt – Vogelscheuchen
Elbvertiefung – vor Gericht
Giftdeponie – Freibrief vom Gericht

Gegen eine maritime Politik des Wachstums und technologischen Fortschrittsoptimismus

Ein anderes Meer ist möglich. Basta.

Von Burkhard Ilschner

„Stop seabed mining (Stoppt den Tiefseebergbau)." – Maureen Penjueli vom „Pacific Network on Globalisation" appellierte ebenso nachdrücklich wie engagiert an die zivilgesellschaftliche Meereskonferenz, die Mitte Mai unter dem anspruchsvollen Titel „Ein anderes Meer ist möglich!" in Bremen getagt hat. Mit kleinem Erfolg: Die Schlussresolution (1) fordert ohne Wenn und Aber ein „Moratorium für den Abbau von Erzen aus der Tiefsee".

Der von dem Bremer Projekt „fair oceans" und dem Evangelischen Entwicklungsdienst „Brot für die Welt" ausgerichtete Kongress hatte im Wesentlichen drei Funktionen: Er sollte aus dem breiten Spektrum des ihn tragenden Bündnisses Wissen, Impulse und Forderungen zusammentragen, um eine Basis für eine andere Meerespolitik zu schaffen. Er sollte die Eckpunkte dieser andere Meerespolitik in eine Erklärung gießen und sie dem „European Maritime Day" (EMD), dem unmittelbar anschließend geplanten amtlichen Kongress der Europäischen Union (2), entgegenhalten. Und er sollte versuchen, durch diese gemeinsame Arbeit den Grundstein zu legen für ein möglichst dauerhaftes zivilgesellschaftliches Bündnis, das die erarbeitete Erklärung auch künftig in allen erreichbaren öffentlichen wie amtlichen Strukturen zur Handlungsanleitung macht – für eine neue solidarische Meerespolitik jenseits des längst pervertierten herrschenden Verständnisses von „Nachhaltigkeit". – Die Bilanz der zweitägigen Konferenz: Punkt 1 und 2 konnten erfolgreich erledigt werden und für Punkt 3 gilt, dass auf dem besagten Grundstein mit ein bisschen Optimismus und viel Entschlossenheit ein agiles Netzwerk aufgebaut werden kann.

„Ein anderes Meer ist möglich!" – Dieser Satz war nicht nur Anspruch, sondern auch Aufgabe. EU-Kommission und das als Mitveranstalter agierende Bundesverkehrsministerium hatten dem diesjährigen EMD – einer seit 2008 an jährlich wechselnden Orten stattfindenden Veranstaltung – aktuell das Motto „Innovation driving Blue Growth" verpasst. Diese Parole als Kotau vor der industriellen Meeresausbeutung und der (selbstverständlich „nachhaltigen") Nutzung der Meeresressourcen zu interpretieren und zu brandmarken, das war die geringere Aufgabe. Aus dem breiten Bündnis heraus – Umwelt- und Naturschutz, Entwicklungs- und Flüchtlingshilfe, gewerkschaftliche und kirchliche Gliederungen – dieser einseitigen Ausrichtung europäischer Meerespolitik auf Wirtschaftswachstum und technologischen Fortschrittsoptimismus eine ebenso vielfältige wie eindeutige Position entgegenzustellen, das war weitaus schwieriger.

Letztlich geht es um eine Richtungsentscheidung und die Diskussionen in den vielen thematischen Arbeitsgruppen der „fair-oceans"-Konferenz haben das vor diesem Hintergrund gewählte Ziel bestätigt: Der immer stärkere Zugriff auf lebende, mineralische und energetische Ressourcen der Meere gefährdet nicht nur den Erhalt der marinen Ökosysteme, sondern befördert auch die akut ungerechte und ungleiche Entwicklung. Der globale Wettlauf um die Schätze der Meere – und das schließt die nicht an spezifische Ressourcen gebundenen, nicht-materiellen Nutzungs-Möglichkeiten ein – muss gestoppt, mindestens aber entschleunigt werden. Und diese Auseinandersetzung gehört zwingend in den Mittelpunkt öffentlichen Interesses. Anderenfalls wächst die Gefahr, dass auf, an und in der See dieselben Fehler wiederholt werden, die an Land zu Umwelt-, Klima- und Entwicklungskrisen geführt haben und diese weiter verursachen.

Apropos öffentliches Interesse: Es war und ist bezeichnend für die sich selbst im Mainstream erstickenden Massenmedien, dass die zweitägige zivilgesellschaftliche Konferenz in Zeitungen, Funk und Fernsehen so gut wie überhaupt nicht zur Kenntnis genommen worden ist. Selbst jene Blätter und Sender, die – spärlich genug – sich den EMD zum Thema erkoren hatten, ignorierten nahezu komplett, dass da zuvor ein Bündnis, das in seiner Vielfalt und Breite wesentliche Teile dieser Gesellschaft repräsentiert, fundierte Positionen

Klein, aber oho: Die „Molle" aus Bremen schipperte während des Volksfestes zum EMD die Weser auf und ab und demonstrierte backbordseitig für „Tiefsee ohne Bergbau", kritisierte aber auch (steuerbordseitig, nicht im Bild) „EU-Grenzschutz tötet".

Fotos (3): Burkhard Ilschner

erarbeitet und dem EMD – vertreten durch EU-Kommissarin Maria Damanaki – überreicht hat.

Es ist an dieser Stelle nicht möglich, die „fair-oceans"-Konferenz umfassend zu beschreiben, geschweige denn zu dokumentieren (3). Um den Rahmen dieses Heftes nicht zu sprengen, wird hier ein Schwerpunkt präsentiert, der auf Details zu Themen, die schon bisher zum Spektrum dieser Zeitschrift gehörten, weitgehend verzichtet. Schutz mariner Artenvielfalt, Vermüllung der Meere, Meeresschutzgebiete, Fischereipolitik, Meeressäugerschutz, Offshore-Windkraft, Klimawandel – all das und mehr ist erörtert worden und hat Eingang gefunden in die Schlusserklärung (1), wird hier aber ausgeklammert. Statt dessen finden sich in diesem Schwerpunkt neben der dokumentierten Resolution zunächst einige Aspekte zum Thema Tiefsee-Bergbau: Dazu zählen die Vorstellung einer beeindruckenden Video-Präsentation und ein Interview mit den pazifischen Aktivistinnen Maureen Penjueli (Fidschi) und Rosa Koian (Papua-Neuguinea), die in Bremen zu Gast waren. Es folgen ein Kommentar über die sehr lapidare Antwort der Bundesregierung auf eine Parlamentarische Anfrage sowie ein Beitrag zum verspäteten Inkrafttreten der globalen „Maritime Labour Convention" (MLC) in Deutschland, weil die Bundesregierung auch hier lange gezaudert hatte. – Folgerichtig beschränkt sich dieser Beitrag denn auch auf einige wenige, beispielhaft gewählte Themenschwerpunkte, die aber neben den (siehe oben) ausgeklammerten Meeresnaturschutzaspekten gleichermaßen unverzichtbar sind, wenn es darum geht, den EU-Zielen des „Blauen Wachstums" klar definierte Grenzen zu setzen.

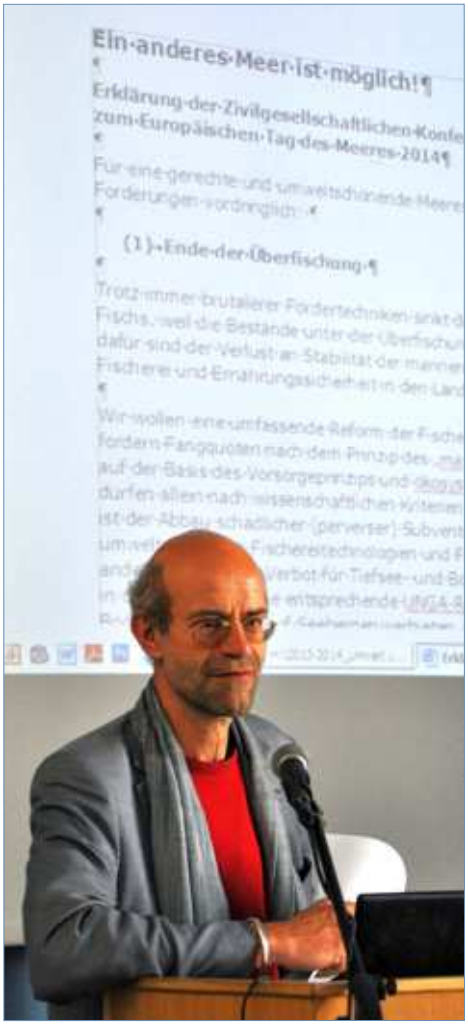
Erstes Beispiel: Die „Internationale Transportarbeiter-Föderation" (ITF) hatte einige ihrer deutschen Aktiven nach Bremen entsandt, um eindringlich über die Lebens- und Arbeitsbedingungen der rund 1,2 Millionen Seeleute zu berichten – und um so auch zu erläutern, warum gewerkschaftliches Engagement für Bordbeschäftigte nicht allein mit tariflicher Bezahlung oder Arbeitssicherheit, sondern auch mit humanitärem Engagement und Meeresumweltschutz zu tun hat: Denn ohne qualifizierte und angemessen bezahlte Seeleute gerät jeder Schiffsbetrieb zu einem nicht nur sozialen, sondern auch ökologischen Abenteuer.

Mit plastischen Beispielen belegten Torben Seebold, als Fachbereichsleiter „Schifffahrt" bei der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di deutscher ITF-Repräsentant, und der Hamburger ITF-Inspektor Ulf Christiansen, wie Reeder zur „Räson" gebracht werden, die sich den Grundprinzipien menschenwürdiger Arbeit an Bord verschließen. Die ITF-Inspektoren haben in den Häfen meist national verankerte Rechte, auch nicht-tarifierte Schiffe unter die Lupe zu nehmen und dafür auch an Bord gehen zu können. Wird dies verweigert, liegt der Verdacht nahe, dass irgend etwas vertuscht werden soll – ein Tipp an Hafenbehörden wirkt dann oft Wunder.

Einem widerspenstigen Reeder einen Tarifvertrag abzuringen, ist nicht immer einfach – wesentliche Voraussetzung dafür ist eine enge Kooperation (innerhalb der ITF) mit den organisierten Hafenarbeitern: Wenn ein Reeder befürchten – oder erleben – muss, dass sein Schiff im einen wie im anderen Hafen schleppend oder gar nicht abgefertigt wird, ist er meist schnell verhandlungsbereit. Diese Solidarität ist eine globale, denn es gibt so gut wie keinen Hafenstandort irgendwo auf der Welt, in den der Arm der ITF nicht reicht. Hiesiges Beispiel: Obwohl von den rund 3500 Schiffen deutscher Reeder nur 2-300 auch unter deutscher Flagge laufen, konnte die ITF doch bislang knapp 2800 tarifieren.

Gleichwohl mahnten Seebold und Christiansen den Kongress eindringlich – und erfolgreich –, die seit Jahrzehnten laufende Kampagne der ITF gegen die so genannten Billigflaggen zu unterstützen. Immer in der ersten Septemberwoche finden an Nord- und Ostseeküste Aktionstage der ITF in den Häfen statt – und können solidarisch begleitet werden. Insbesondere die „Maritime Labour Convention" (MLC) garantiert den Seeleuten nicht nur elementare Rechte im positiven Sinne, sondern birgt auch Risiken: Sie ist ein globaler Kompromiss und sichert daher Mindeststandards; prompt versuchen manche Reeder, die errungenen Tarifverträge auf dieses Mindestniveau zu drücken. „Es wird", bemerkte eine Teilnehmerin in der Diskussion mahnend, „viel über ‚fairen Handel' geredet, über angemessene Bezahlung für Landarbeiter wie Näherinnen – aber ohne ‚fair transport' kann es nicht gelingen, die ausbeuterischen globalen Produktions- und Konsumketten zu zerbrechen."

Jürgen Maier, Geschäftsführer des Forums Umwelt und Entwicklung (FUE) in Berlin, moderierte die Diskussion um die abschließende Erklärung.



Zweites Beispiel: Patrizia Heidegger vom Brüsseler Büro der „shipbreaking platform" informierte über das Milliardengeschäft mit ebenso unsozialen wie unökologischen Praktiken der Schiffsentsorgung. Bilder aus Pakistan, Indien oder Bangladesh von auf Stränden zerlegten Schiffen sind bekannt – die Umstände und Folgen dieser Entsorgung oftmals weniger. Es gibt übrigens, dies vorab, einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Arbeit dieser globalen NGO und der Billigflaggen-Kampagne der ITF (4): Der Flaggenstaat regelt auch die Rechte und Pflichten des Reeders beim Abwracken des jeweiligen Schiffes – es ist somit deutschen Reedern möglich, einen ausgedienten Billigflaggen-Frachter auf krude Art zu entsorgen; eine Abschaffung von Billigflaggen hingegen würde den Reeder der Aufsicht seines Heimatstaates unterwerfen.

Heidegger stellte vor allem klar, dass im Zusammenspiel von Schifffahrtskrise, Flottenüberkapazität, Umweltschutzvorgaben und fortschreitender technischer Entwicklung im Schiffbau das global organisierte Geschäft mit dem Abwracken eine extrem lukrative Angelegenheit ist. „Wir reden bei solchen Abwrackschiffen nicht von ‚Schrott', sondern nur vom unwirtschaftlich gewordenen Betrieb – ein mittleres Containerschiff bringt dem Eigner durch ‚Verschrottung' immer noch rund 15 Millionen US-Dollar." Warum das so ist, zeigten etliche Photos, Präsentationen sowie ein Ausschnitt aus dem beachtlichen Fernsehfilm „Eisenfresser": Massenhaft werden alte Schiffe mit Wucht auf die Strände gefahren, massenhaft werden Einheimische jeden Geschlechts und Alters – auch Kinder – an die Strände und auf die Wracks getrieben. Und dann beginnt die Zerlegung moderner Industrieprodukte – von Hand und mit einfachsten Mitteln, ohne Schutzkleidung, ohne Sicherungsmaßnahmen, ohne Rücksicht auf Asbest, Schwermetalle, andere toxische, brennbare oder explosive

Bestandteile; und selbstverständlich ohne humanitäre oder soziale Fürsorge – sonst wär's ja möglicherweise kein so tolles Geschäft mehr.

Aber die gute Nachricht ist diese: Das weltweite Netzwerk, das die „shipbreaking platform" aufbaut, festigt sich. Zu den Maschen dieses Netzes gehören zum einen legale Knoten, die das kontrollierte, das sozial und ökologisch gesicherte Abwrackens einbinden in die Regelwerke etwa der IMO oder des Basler Abkommens. Zum anderen sind da die „aktiven" Knoten – Menschen in aller Welt, die das Anliegen billigen und dabei helfen, potenzielle Abwrack-Kandidaten in der Schifffahrt erst zu erkennen und dann beobachtend ihren Kurs, ihren Verbleib zu verfolgen. Eben dafür braucht die Plattform jede Unterstützung (5).

Die Macher und Macherinnen der Konferenz und einige ihrer Gäste (v. l. n. r.): Antje Willnow (fair oceans), Francisco Mari (Brot für die Welt), Kai Kaschinski (fair oceans), Sarah Zierul (Film– und Buchautorin), Rosa Koian und Maureen Penjueli (Pacific Network on Globalisation), Lisa Rave (Videokünstlerin), Anna-Katharina Wöbse (fair oceans).

Solidarität im globalen Maßstab – eigentlich hätte auch das ein passendes Motto für den hier beschriebenen Kongress insgesamt sein können. Das ihn tragende breite Bündnis mag als ein kleines Indiz dafür angesehen werden. Andere, schwerer wiegende ergeben sich aus seinen vielfältigen Themen: Weder Schutz von Ökosystemen oder lebenden Ressourcen noch humanitäre und soziale Rechte – egal, ob für Seeleute, Küstenbewohner in Zeiten des Klimawandels, Schiffsrecycler, Fischer oder Flüchtlinge – sind denkbar ohne Solidarität.

Wenn, wie die beiden Gäste aus der Pazifik-Region es beschrieben, internationale Konzerne versuchen, sich den Zugriff auf Tiefseeressourcen zu sichern, indem sie Regierungen und Verwaltungen korrumpieren, erpressen oder austricksen, wenn die Inselvölker derart des Selbstbestimmungsrechts über ihre Angelegenheiten und Ressourcen beraubt werden, hat das eben nicht nur mit dem Pazifik zu tun. Denn diese Konzerne haben ihren Sitz und meist auch ihr Vermögen in Europa und anderen Industriestaaten. Ihre Banken, Versicherer, Zulieferer, Auftragsforscher – und politischen Wasserträger sind diejenigen von hier: Sie sind die Akteure, wenn es hierzulande um nationale oder europäische Wirtschafts- oder speziell Meerespolitik geht – von der Schifffahrt (siehe oben) bis zur Nutzung hiesiger mariner Ressourcen. Sie sind die Verantwortlichen dafür, dass – wie Migrationsforscher von „medico international" engagiert beschreiben – im Mittelmeerraum die Festung Europa ausgebaut wird; und dafür, dass die zu diesen Zwecken entwickelte Technik (2) ebenso wie hiesige Waffensysteme in andere Teile der Welt verhökert wird, um dort gleichermaßen kontrollierbare Strukturen auf- oder auszubauen.

Wobei nicht außer Acht gelassen werden sollte, dass diese Entwicklung nicht nur eine wirtschaftliche, sondern tendenziell auch eine rassistische Komponente in sich trägt: Helmut Dietrich von der Forschungsgesellschaft Flucht & Migration rechnete als Referent für „medico" vor, dass gerade die Fluchtbewegung aus Afrika im Vergleich zu allen anderen nach Europa gerichteten Migrationen die mit Abstand schwächste ist: „Trotzdem erfährt sie die stärkste Aufrüstung – und Dämonisierung. Warum?"

Ein anderes Meer ist möglich? – Eine andere Meerespolitik, eine, die auf Solidarität aufbauen kann, ist dafür unabdingbare Voraussetzung. Aber daneben gibt es noch einen zweiten elementaren Grenzpfeiler, den die Zivilgesellschaft dem Ziel des „Blauen Wachstums" entgegen setzen muss: die Wiederbelebung und uneingeschränkte Durchsetzung des Vorsorgeprinzips. Eindringlich beschrieben Maureen Penjueli und Rosa Koian ihre eigene, von der Kultur des Pazifik geprägte Sichtweise, als Menschen der See auch Wächter der See zu sein: „Unsere Heimat liegt zwischen dem Himmel und dem Meer – und alles dazwischen unterliegt unserer Fürsorge."

Anmerkungen:

1. Der Wortlaut der Erklärung ist auf den beiden folgenden Seiten (10-11) ebenso dokumentiert wie die Auflistung des tragenden Bündnisses.
2. Eine Zusammenfassung über den „European Maritime Day" (EMD) steht auf den Seiten 20-21 dieser Ausgabe.
3. siehe auch www.fair-oceans.info sowie die Webseite der WATERKANT
4. www.itfglobal.org/flags-convenience/sub-page.cfm
5. www.shipbreakingplatform.org; www.offthebeach.org

Ein anderes Meer ist möglich!

Erklärung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

der Zivilgesellschaftlichen Konferenz zum Europäischen Tag des Meeres 2014

Bremen, 17. Mai 2014

Für eine gerechte und umweltschonende Meerespolitik sind die folgenden Forderungen vordringlich:

Ende der Überfischung

Trotz immer zerstörerischerer Fangtechniken sinkt die Menge des global gefangenen Fischs, weil die Bestände unter der Überfischung zusammenbrechen. Der Preis dafür ist der Verlust an Stabilität der marinen Ökosysteme, an handwerklicher Fischerei und Ernährungssicherheit in den Ländern des Südens.

Wir wollen eine umfassende Reform der Fischerei hin zur Nachhaltigkeit. Wir fordern Fangquoten nach dem Prinzip des „maximum sustainable yield" (MSY) auf der Basis des Vorsorgeprinzips und ökosystemarer Ansätze. Fangmengen dürfen allein nach wissenschaftlichen Kriterien festgelegt werden. Ebenso wichtig ist der Abbau schädlicher Subventionen bis 2020, die umweltschädliche Fischereitechnologien und Fischereimethoden fördern.

Unter anderem gilt es ein Verbot für Tiefsee- und Bodenschleppnetze umzusetzen und in diesem Kontext die entsprechenden UNGA-Resolutionen, welche unter anderem Bodenschleppnetze auf Seebergen verbieten, zu unterstützen. 2030 muss in einem zweiten Schritt eine Bewirtschaftung der Bestände von 20 Prozent unter dem MSY etabliert werden, um damit die illegale Fischerei mit in die Berechnungen einzubeziehen, den Schutz der marinen Biodiversität zu berücksichtigen sowie natürlichen Bestandsschwankungen besser Rechnung zu tragen.

Anstelle des dominierenden Zugriffs der Industrieländer und der industriellen Fangflotten auf die weltweiten Fischbestände fordern wir parallel zum Abbau in den Industrieländern die Entwicklung eigenständiger Fischerei-Kapazitäten im globalen Süden bis 2020 zur Sicherstellung des Rechts auf Nahrung und ein Umschwenken auf die Bevorzugung der handwerklichen Fischerei bei strukturellen Entscheidungen. Die Vergabe von Fischereilizenzen an Fangflotten in den AWZ von Ländern, in denen die Ernährungssicherheit gefährdet ist, darf nur nach einer unabhängigen, wissenschaftlichen Bestimmung eines entsprechenden Überschusses und transparenten sowie partizipativer Mechanismen erfolgen. Dazu sind entsprechend des Seerechtsübereinkommens bis 2020 flächendeckend „Regional Fisheries Management Organisations" (RFMOs) aufzubauen, die alle Fischfangnationen einbinden. In diesem Kontext muss auch die Bekämpfung der illegalen Fischerei konsequent umgesetzt werden.

Meeresschutz ausbauen

Wir wollen die Ausweitung der Meeresschutzgebiete im offenen Meer und an der Küste. Die Forderung der „Biodiversitäts-Konvention" (CBD) im Strategischen Plan nach zehn Prozent Meeresschutzgebieten im offenen Meer und an der Küste bis 2020 ist als Meilenstein einer neuen Zukunftsagenda zu setzen. Bis 2030 soll sich die Fläche der Meeresschutzgebiete auf 20 Prozent vergrößert haben.

Meeresschutzgebiete müssen unter Berücksichtigung von Transparenz und naturschutzfachlichen Grundlagen festgelegt werden. Die Schutzgebiete müssen auf einem ausreichend finanzierten Management beruhen, das auf einer partizipatorischen und gerechten Grundlage fußt, die Rechte der lokalen Bevölkerung berücksichtigt sowie Betroffene in die Umsetzung der gebietsspezifischen Schutzziele und -regeln einbezieht. Schutzgebiete sollen ausreichend große ungenutzte Flächen (Nullnutzungszonen) enthalten. Für die europäischen Gewässer bedeutet dies mindestens 50 Prozent.

Ebenfalls berücksichtigt werden muss ein vollständiger Ausschluss von Fischereitechniken aus Schutzgebieten, die zum Beifang von Meeressäugern und anderen Nichtzielarten führen und Lebensräume zerstören – allen voran Grundschleppnetzfischerei und Stellnetze. Die Reduzierung von Beifang muss in der Fischerei eines der obersten Ziele sein, entsprechend

gefördert und durch selektive Fangtechniken umgesetzt und dies auch kontrolliert werden.

Der Prozess um ein „Implementing Agreement on Marine Biodiversity of the High Seas“ im Rahmen des UN-Seerechtsübereinkommens (UNCLOS) muss zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden. Meeresschutz muss auch auf dem Meeresboden etabliert werden. Auf der Hohen See und dem Meeresboden soll ein umfassendes Netzwerk von Schutzgebieten errichtet werden.

Eigenständig sichergestellt werden müssen im Rahmen des Meeresschutzes der Artenschutz und der Erhalt der Biodiversität. Wesentliche Schritte hierzu sind das Verbot des Fangs und der Tötung von Walen und Delfinen, ein Verbot des Finnings von Haien, eine Eindämmung des illegalen Handels mit Meerestieren und des Beifangs von Seevögeln und anderen Meeresbewohnern.

Damit der Meeresumweltschutz eine Chance hat, muss die Versauerung und Erwärmung der Meere durch den Klimawandel eingedämmt werden. Eine konsequente Umsetzung der Vereinbarungen zum Klimaschutz ist hierfür die Voraussetzung.

Über die Meeresschutzgebiete hinaus ist für alle Meere das Ziel eines Guten Umweltzustandes im Sinne der EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie zu verfolgen.

Schluss mit der Vermüllung

Die Mülleinträge ins Meer sollen bis 2020 um mindestens 50 Prozent reduziert werden, in Anlehnung an den zu erreichenden Guten Umweltzustand nach der EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie. Bis spätestens 2035 muss das Problem der „Müllkippe Meer“ endgültig gelöst sein, das heißt, der Eintrag muss auf Null reduziert werden. Um den Eintrag von Land zu verringern, müssen effektive Maßnahmen im Bereich der Ressourceneffizienz, des Produktdesigns und der Abfall- und Recyclingwirtschaft in enger Zusammenarbeit mit dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen entwickelt und mit den regionalen Meeresschutzübereinkommen vorangetrieben werden. Die 2011 verabschiedete „Honolulu-Strategie“, die „Message from Berlin“ (2013) und die auf der Rio+20-Konferenz begründete „UN-Partnership on Marine Litter“ sollen vorangetrieben werden.

Tiefsee unangetastet lassen

Wir fordern ein internationales Moratorium für den Abbau von Erzen aus der Tiefsee.

Wir fordern die Durchsetzung eines internationalen Verbots zur Förderung von Öl und Gas aus der Tiefsee und der Arktis bis 2020. Die Ölförderung in der Tiefsee (ab 200 Meter) und in der Arktis ist besonders riskant, wie sich beim Untergang der „Deepwater Horizon“ bereits gezeigt hat. Unter der Berücksichtigung von ökologischen, sozialen und ökonomischen Kriterien müssen stattdessen alternative Rohstoffstrategien entwickelt werden, die vorrangig auf eine Einsparung und ein effektives Recycling setzen.

Verstärkt gefördert werden muss die wissenschaftliche Grundlagenforschung zur Ökologie der Tiefsee. Von vornherein muss der Abbau von Methan aus der Tiefsee aufgrund der extrem klimatreibenden Auswirkungen des Gases verboten werden, ebenso die Einlagerung von CO_2 in der Tiefsee, aufgrund des großen Gefahrenpotentials dieser Technologien.

Menschen- und Arbeitsrechte auf See durchsetzen

Die Rettung von Menschen aus Seenot, eines der ältesten Gesetze auf See, muss verbindlich durchgesetzt werden. Obwohl sie im Seerechtsübereinkommen der UN, in der „International Convention for the Safety of Life at Sea“ (SOLAS) und der „International Convention on Maritime Search and Rescue“ der „International Maritime Organization“ (IMO) verankert ist, wird sie immer öfter missachtet, vor allem wenn es um die Seenotrettung von Flüchtlingen geht.

Billigflaggen müssen abgeschafft werden. Die Ausflaggung von Schiffen dient allzu oft der Aushebelung von Arbeits-, Umwelt- und Menschenrechten auf See. Entsprechend der International-Transport-Workers'-Federation-Initiative von 1948 muss bis 2020 ein internationales Vertragswerk ratifiziert werden, das die Flagge an die Nationalität beziehungsweise den Wohnsitz der Eigentümer bindet und dadurch eine bessere Kontrolle der Abläufe und Verantwortlichkeiten an Bord erlaubt.

Generell gilt es die Einhaltung von Menschen-, Arbeits- und Sozialrechten auf See, einschließlich Offshore-Anlagen und Häfen, auf Werften und bei der Abwrackung von Schiffen konsequent zu kontrollieren. So ist beispielsweise die Umgehung von Umwelt- und Sozialrechten in der maritimen Wirtschaft durch die Auslagerung von Schiffsabwrackungen zu unterbinden. Insbesondere muss Wert darauf gelegt werden, Kontrollen (Hafenstaat) zur Umsetzung und Einhaltung der „Maritime Labor Convention“ von 2006, die ab dem 20. August 2014 weltweit gelten wird, durchzuführen.

Die Konferenz wurde veranstaltet von:

Bremer entwicklungspolitisches Netzwerk
Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz
Deepwave e. V.
Deutsche Seemannsmission
IntKom / Fair Oceans
Förderkreis WATERKANT e. V.
Forum Umwelt und Entwicklung
Greenpeace
medico international
Naturschutzbund Deutschland
Robin Wood
Shipbreaking Platform
Slow Food Deutschland
International Transport Workers› Federation / ver.di
Whale and Dolphin Conservation
World Wide Fund For Nature

Ein Film über „seltene Erden“ und das Meer, über Kolonialismus einst und jetzt

Europium! – Europium?

Von Anna-Katharina Wöbse*

Die Teilnehmer der Konferenz „Ein anderes Meer ist möglich!“ waren sichtlich beeindruckt: Der Film „Europium“ über maritime Ausbeutung und die Verknüpfungen von Wachstum, Technologie und Verantwortung zeigte eine künstlerische Zuspitzung des Kongressthemas, die Spuren in den Köpfen hinterließ. Die junge Filmemacherin Lisa Rave hatte 2012 den Bremer Videokunst-Förderpreis für das Konzept erhalten und so das Projekt realisieren können.

Die Programmangebote der öffentlich-rechtlichen Sender beweisen es: Das Problem des maritimen Rohstoffabbaus hat die populären Medien erreicht. Diverse Dokumentarfilme haben sich inzwischen mit dem hochaktuellen, aber komplizierten Thema des industriellen Zugriffs auf das Meer beschäftigt. Lisa Rave, die, 1979 geboren, in Dänemark und Berlin Film studierte, wählt allerdings einen ganz ungewöhnlichen Zugang. Ihr Film (**) beginnt mit einem Stillleben, mit Katalogbildern einer schönen medialen Welt. Adrette glückliche Menschen in edlen Wohnlandschaften himmeln ihre neuen Flachbildschirme und Smartphones an, es glänzt und schimmert in der Werbekulisse. Seiten werden umgeblättert, man vernimmt ein deutliches Räuspern. Eine weibliche Stimme beginnt, aus dem Off vom indigenen „Animismus“ zu erzählen, der jedes Element der Natur als Teil eines beseelten Kosmos verstand. Ein Wasserrauschen mischt sich in die Kulisse, ein Bild- und Szenenwechsel schubst den Betrachter in alte zerkratzte Aufnahmen einer Südseeinsel hinüber.

Was ist das für ein Sprung – und überhaupt: Was haben diese Katalogmotive mit religiösen Vorstellungen und pazifischen Eilanden zu tun? Der Einstieg mag irritierend sein, aber die Filmemacherin präsentiert in der folgenden halben Stunde ein Kaleidoskop aus Beziehungsgeflechten zwischen Nord und Süd, Land und Meer, Naturnutzung und Naturverständnis. Was sich nun filmisch entfaltet, ist ein erstaunlich komplexes Essay über die Bedürfnisse einer unersättlichen Konsumgesellschaft und die langen globalen Verwicklungen, die sich aus dem ausgeprägten Rohstoffhunger westlicher Gesellschaften einerseits und dessen historischem Echo ergeben.

Eine schlichte Inhaltsangabe dieses Films ist kaum möglich, denn Rave verdichtet Bilder mit Text und Ton, mit Interviews und visuellen Quellen. Sie verknüpft Assoziationen und Informationen zu einem Geflecht aus ganz unterschiedlichen Elementen.

Grob vereinfacht, blättert Lisa Rave in einem Erzählstrang entlang des Kopffüßers und Schalentiers der Gattung Nautilus (wie später auch das U-Boot im Roman von Jules Verne heißen sollte) zunächst die Wechselbeziehungen zwischen der deutschen Kolonialmacht und den indigenen Gesellschaften Papua-Neuguineas zwischen 1885 und 1914 auf. Das Schalentier besaß für Letztere sowohl eine mythologische und rituelle als auch eine hohe Bedeutung in einem komplexen Tauschsystem. Weder die deutschen Händler noch die anreisenden Wissenschaftler erfassten diese Zusammenhänge für die von ihnen als „primitiv“ diffamierten und

Ein durchleuchteter Zehn-Euro-Schein (li.), ein indigenes „Muschel-Blasorchester“ zu „Ehren“ der Kolonialisten (3. v. li.), der Kopffüßer „Nautilus“ in lebender (re.) und aufgeschnittener Form – die Bildreihe soll einen Eindruck vermitteln von den Wechselbeziehungen, die Lisa Raves Video darstellt und die es prägen.

Fotos: „Europium“ / Rave (1, 3); Chris 73 (2) und J.Baecker (4), beide wikimedia

Eine „Landschaft“ aus Flachbildschirmen – dank Europium von größter Leuchtkraft – zeigt Naturaufnahmen von größter Brillanz und ist zugleich Symbol ihrer Zerstörung.

Foto: „Europium“ / Rave

bald zwangsmissionierten Gesellschaften, und versuchten gar, die Muschelwährung künstlich herzustellen, um mit ihnen an begehrte Güter wie Palmöl und Perlen zu gelangen.

Die aktuelle Fortsetzung dieser ignoranten Ausbeutungsstrategien liefert der Film in seinen nächsten Sequenzen: Lisa Rave montiert dokumentarische Szenen aus deutschen Forschungslaboren und Rohstoffbunkern ineinander. In zerriebenen Nautilus-Schalen finden sich Spuren des in bester kolonialer Manier „Europium“ getauften Metalls wieder. Europium zählt zu den von den hochtechnologischen Industrien heiß begehrten „seltenen Erden“ – die Tiere bauen es in ihrer Umwelt in ihren Organismus ein. Es zeigt sich, wie stark die heutige Alltagswelt mit dem maritimen Fundus der Südsee verwoben ist: Europium liefert nicht nur den Grundstoff für die Leuchtkraft von Farbdisplays in Smartphones und Flachbildschirmen, sondern ist auch in hiesige Geldscheine eingearbeitet, um diese schwerer fälschbar zu machen. Schließlich skizziert Rave, welchen Marktwert dieser Stoff inzwischen besitzt, und hat vielsagende Szenen aus dem Rohstoffhandel in Frankfurt und ein Statement der Bremer Reederei Haaren und Partner eingefangen, die das Schiff plant, mit dem die kanadische Bergbaufirma „Nautilus Minerals“ (!) in 1600 Metern Tiefe vor Papua-Neuguinea Metallvorkommen abbauen will.

Ganz am Schluss findet die Filmemacherin noch einmal ausdrucksstarke Bilder für die Widersprüche der modernen Gesellschaften und kehrt zur Werbung zurück. Sie zeigt ganze „Landschaften“ aus Flachbildschirmen – dank Europium von größter Leuchtkraft: Ornamente aus flimmernden, gleichgeschalteten Bildern in den Medienabteilungen der Kaufhäuser. Zu sehen sind Naturaufnahmen von größter Brillanz – als Sinnbilder für Sehnsucht nach Natur und qua Medium zugleich Symbole ihrer Zerstörung.

Lisa Rave ist ein Meisterwerk gelungen, das die Realität und Reichweite der Globalisierung dank ihrer klugen und vielschichtigen Montagetechnik neu darstellt. Sie arbeitet mit hoher Suggestionskraft, ohne jemals plakativ zu sein, und wird einer Komplexität gerecht, die kaum linear erzählbar erscheint. Sie schüttelt ihr Publikum nicht durch Effekte, sondern durch Andeutungen wach. Und unterhaltsam, ja, bisweilen amüsant-absurd ist der Film ohnehin: Wenn beispielsweise Rohstoffhändler bei einer fast mafiös anmutenden Verkaufsveranstaltung in einem Frankfurter Bunkerdepot lange Schatten werfen und später mit give-away-Tüten herumstehen oder wenn der Schiffbauer, der von Herausforderungen beim maritimen Bergbau spricht, Modelle der Abbauroboter wie Spielzeugautos zwischen Kaffeetassen hin- und herschiebt. Es ist ein „filmisches Essay“ im besten Sinne: Rave öffnet Fenster in alle Richtungen, die Zuschauer wollen mehr und Meer sehen – und finden sich am Ende selbst in einem Netz voller Fragen, neuer Ideen und klarer Erkenntnisse. Besser geht es kaum. ◀

Anmerkungen:

* Dr. Anna-Katharina Wöbse ist freie Umwelthistorikerin und Kuratorin.

** „Europium“ – Regie: Lisa Rave; Buch: Erik Blinderman und Lisa Rave; Video, 30 Minuten, HD; Whole Wall Films, 2014. – Der Film kann im Netz angesehen werden, das Passwort erhält man umgehend nach Anfrage bei wholewallfilms@gmail.com.

Tiefseebergbau im Pazifik: Ein Interview mit Aktivistinnen aus der Region

Das Geld kommt aus Europa, die Technik aus Deutschland

Von Christoph Spehr*

Beim Tiefseebergbau wird es ernst. Von den Plänen des kanadischen Konzerns Nautilus Minerals vor Papua-Neuguinea war vorstehend bereits die Rede – Nautilus will in dem Gebiet namens „Solwara 1" demnächst von der bloßen Untersuchung des Meeresbodens zum kommerziellen Tiefsee-Bergbau übergehen. Aber in der Region formiert sich, wie erwähnt, Widerstand: Maureen Penjueli und Rosa Koian waren Gäste der Konferenz „Ein anderes Meer ist möglich".

CS: Aus welcher Region genau kommt ihr, und welche Organisationen vertretet Ihr?

Maureen Penjueli: *Ich lebe auf Fidschi – ein Staat, der aus mehr als 300 Inseln besteht. Ich arbeite für das Pacific Network on Globalisation (PANG). Rosa lebt auf Papua-Neuguinea und vertritt die Bismarck Ramu Group.*

CS: Was ist Tiefseebergbau, und warum ist er ein Problem?

Maureen: *Tiefseebergbau ist der Abbau von mineralischen Rohstoffen am Meeresboden der Tiefsee. Bislang ist das nirgends auf der Welt ausprobiert worden. Der Pazifik ist die erste Region auf der Welt, wo diese Technologie zum Einsatz kommt, wo Tiefsee-Bergbau tatsächlich stattfindet. Ein großer Teil des Meeresbodens in unserer Region, derzeit mindestens 1,5 Millionen Quadratkilometer, gehört bereits ausländischen Konzernen und ausländischen Regierungen, die dort Abbau betreiben wollen.*

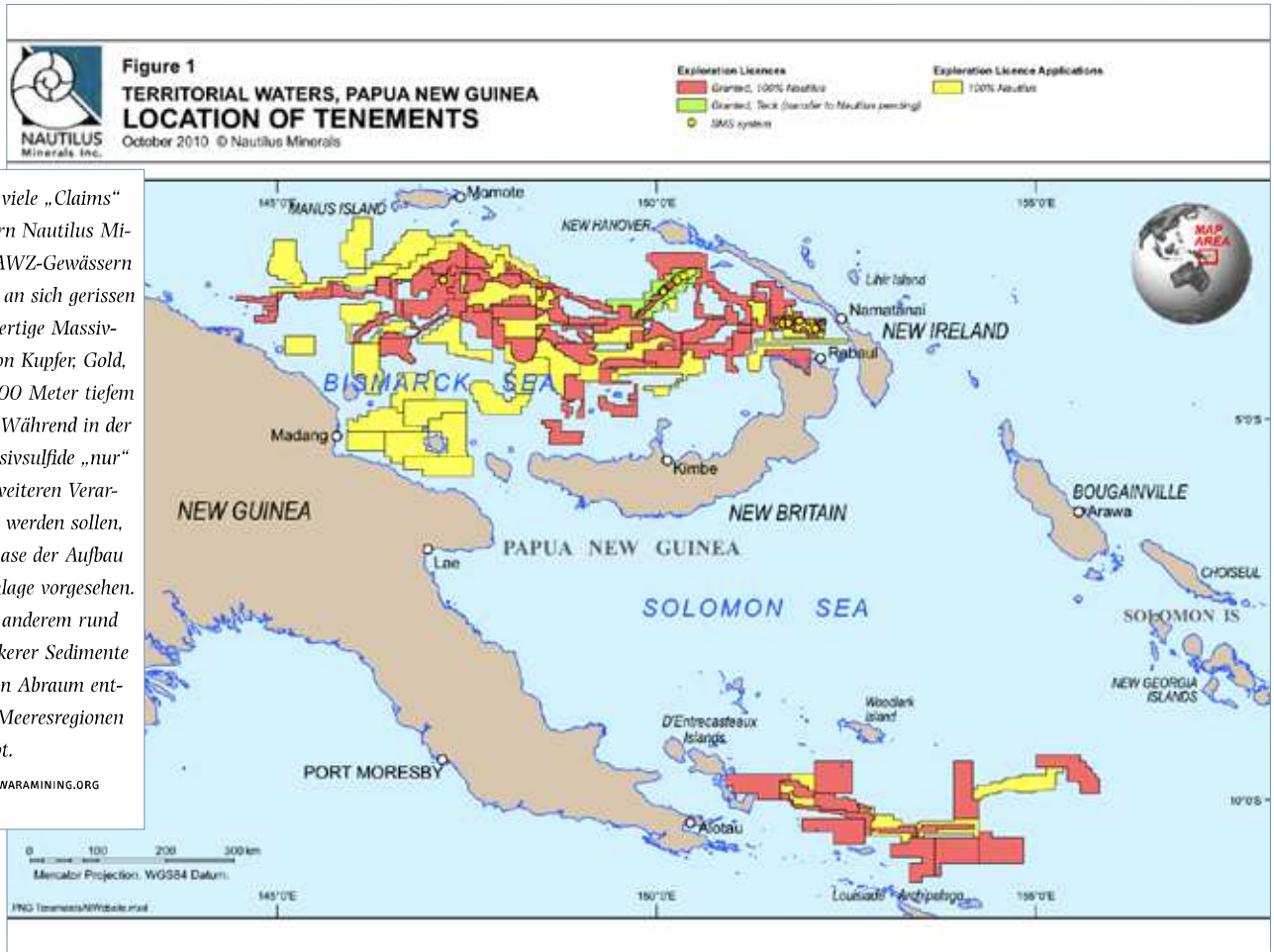
Rosa: *Wir machen uns große Sorgen. Wir kommen aus einer Region, wo das Leben zu 85 Prozent auf dem Wasser spielt oder direkt mit dem Meer zu tun hat. Das Meer ist das zentrale Medium unserer Wirtschaftsweise. Ein großer Teil der Bevölkerung lebt in Subsistenzökonomie.*

Maureen: *Wir versuchen den Tiefseebergbau aufzuhalten, bevor er beginnt. Wir sind besonders deshalb besorgt, weil unsere Regierungen zu wenig davon verstehen. Sie verstehen wenig von der Technologie des Tiefseebergbaus und wenig von den ökologischen Bedingungen, auf die er sich auswirken wird.*

CS: Warum seid ausgerechnet Ihr die erste Region, wo kommerzieller Tiefseebergbau stattfinden wird?

Maureen: *Es hat viel damit zu tun, dass unsere Regierungen glauben, sie würden davon profitieren. Viele unserer Inseln sind sehr kleine Gebiete. Die Regierungen sehen im Tiefseebergbau eine Option für Wachstum und Einkommen. Aber wir stellen das grundsätzlich in Frage. Wir haben eine lange historische Erfahrung mit dem Bergbau an Land, insbesondere auf Papua-Neuguinea, von Phosphaten bis Gold. Das Bruttoinlandsprodukt hatte teilweise zweistellige Wachstumsraten. Aber die Menschen haben davon nicht profitiert.*

Rosa: *Der Bergbau an Land hatte schwerwiegende ökologische Folgen. Er hat auch gesundheitliche Schäden für die Bevölkerung gebracht. Unsere Regierungen glauben, wir könnten Geld machen mit dem Tiefseebergbau.*



Die Karte zeigt, wie viele „Claims" der kanadische Konzern Nautilus Minerals bereits in den AWZ-Gewässern von Papua-Neuguinea an sich gerissen hat, um hier hochwertige Massivsulfid-Lagerstätten von Kupfer, Gold, Zink und Silber in 1600 Meter tiefem Wasser auszubeuten: Während in der ersten Phase die Massivsulfide „nur" extrahiert und zur weiteren Verarbeitung weggeschafft werden sollen, ist in der zweiten Phase der Aufbau einer Konzentrator-Anlage vorgesehen. Dabei werden unter anderem rund 130.000 Tonnen lockerer Sedimente und 115.000 Tonnen Abraum entfernt und in tiefere Meeresregionen gepumpt.

Grafik: http://www.solwaramining.org

Aber der Abbau von Bodenschätzen fügt unserem Leben keinen Wert hinzu, es nimmt ihn weg. Wir sind strikt gegen den Tiefseebergbau, weil wir nicht glauben, dass die Menschen in der Region irgendetwas davon haben. Wir fragen uns, wo das Geld hingeht, das mit dem Bergbau gemacht wird. Und beim Abbau auf See werden wir nicht einmal in der Lage sein zu sehen, was vor sich geht. Wir werden nur die Folgen spüren.

***Maureen:** Fischerei ist eine sehr wichtige Industrie für unsere Länder, ebenso der Tourismus. Unsere Regierungen verstehen aber nicht, dass der Tiefseebergbau die Fischerei und den Tourismus negativ beeinflussen wird.*

CS: **Wie genau kommt ein Unternehmen eigentlich an Schürfrechte am Meeresboden? Wie ist das System der Lizenzvergabe?**

***Maureen:** Es gibt zwei verschiedene Wege. Innerhalb der 200-Seemeilen-Zone, der Ausschließlichen Wirtschaftszone, können die Regierungen die Lizenzen unmittelbar vergeben. Außerhalb dieser Zone, in der Hohen See, können Staaten unter bestimmten Bedingungen Lizenzgebiete von der Internationalen Meeresboden-Behörde bekommen und dann zusammen mit Unternehmen dort zunächst Forschung, dann Abbau betreiben. Dafür ist aber eigentlich die Voraussetzung, dass bestimmte politische Prozesse stattfinden, dass die Bevölkerung gefragt wird. Aber das passiert nicht. Ein sehr kleiner Staat in unserer Region, Vanuatu, hat in den vergangenen Jahren 140 Lizenzen vergeben. Es ist mehr als fraglich, ob die Parlamente das auch nur zur Kenntnis genommen haben, geschweige denn, dass die Bevölkerung darüber abgestimmt hätte.*

CS: **Was sind die Aktivitäten eurer Organisationen? Wie arbeitet ihr?**

***Rosa:** Der Widerstand gegen den Tiefseebergbau ist ein völlig neues Arbeitsfeld für uns. Unsere Arbeit dazu besteht hauptsächlich aus Aufklärungsarbeit. Wir versuchen unseren Parlamenten und der Bevölkerung zu erklären, was Tiefseebergbau eigentlich ist und welche Folgen er hat. Ein Problem ist, dass wir im Moment hauptsächlich zu Lizenzen tätig sind, die bereits vergeben sind, und wo wir versuchen, nachträglich wenigstens bestimmte Bedingungen dafür durchzusetzen. Besser wäre, wir könnten Einfluss nehmen, bevor die Lizenzen vergeben werden.*

***Maureen:** Wir versuchen Strukturen aufzubauen und uns mit anderen Organisationen zu vernetzen. Wir arbeiten eng zusammen mit Kirchen, mit Frauenorganisationen, mit Landarbeiterorganisationen und anderen NGOs. Besonders wichtig ist uns die internationale Ebene. Einer der Gründe, warum wir hier in Bremen sind, ist die zunehmende Bedeutung, die Bremen für den Tiefseebergbau hat. Bremen ist einer der Orte, wo die Technologie entwickelt und hergestellt wird. Wo kommt das Geld für diese Forschung her? Gibt es europäische Programme dafür? Wie stark fördert die Regierung die Entwicklung dieser Technologie? Das sind die Fragen, auf die wir genauere Antworten suchen.*

Maureen Penjueli (rechts) und Rosa Koian im Interview mit Christoph Spehr: Die beiden Aktivistinnen aus der Pazifikregion warben in Bremen um Unterstützung für ein Tiefseebergbau-Moratorium.

Foto: Burkhard Ilschner

CS: **Was sind eure Erwartungen an die EU – und an uns, um euch zu unterstützen?**

***Maureen:** Die finanzielle Förderung des Tiefseebergbaus trägt viel bei zu dem Druck auf unsere Regierungen, mit dem Abbau weiter zu machen. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass europäische NGOs Einfluss auf die Finanzierungswege nehmen. Eigentlich gibt es in der EU ganz gute Instrumente, etwa das Vorsorgeprinzip (precautionary principle). Demnach darf eine Technologie nicht eingesetzt werden, bevor nicht geklärt ist, was die Folgen für die Umwelt sind. Wir haben aber den Eindruck, dass das bei europäischen Aktivitäten in anderen Teilen der Welt nicht angewendet wird.*

***Rosa:** Wir haben in den vergangenen Tagen gelernt, dass die Unterwasser-Roboter, die in unserer Region für den Tiefseebergbau eingesetzt werden sollen, hier in Bremen gebaut und entwickelt werden. Wir möchten mit deutschen Bündnispartnern und der Öffentlichkeit darüber sprechen, was mit unserer Region passiert und wie diese experimentelle Ausbeutung des Meeresbodens sich auf die Menschen auswirken wird. Für uns gibt es auch eine besondere historische Verbindung zu Deutschland. Schließlich war Papua-Neuguinea lange Zeit eine deutsche Kolonie.* ◀

Technik aus Bremen

In Bremen baut nicht nur die Reederei Harren und Partner das Spezialschiff, das Nautilus Minerals für den Tiefseebergbau im Pazifik verwenden will, auch Unterwasser-Robotik wird in Bremen entwickelt, u. a. beim Konzern Atlas Elektronik, zu Thyssen-Krupp und Airbus gehörig. Bremen ist einer von mehreren Standorten des Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI), einem PPP-Projekt dreier Bundesländer mit knapp zwei Dutzend Partnern aus Industrie und Wissenschaft. Das DKFI hat jüngst in Bremen eine Testanlage für Unterwasserroboter eröffnet, mit einem Tauchbecken von 3,4 Millionen Litern Volumen. Der Bau wurde mit 3,65 Millionen Euro vom Land Bremen gefördert, mit Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE). Die Anlage steht im Zusammenhang mit der Zielsetzung, „Bodenschätze und Energiereserven in der Tiefsee zu erschließen“ (www.dkfi.de, Pressemitteilung vom 28. April 2014).

Anmerkungen:

* Christoph Spehr ist beim Projekt „fair oceans“ aktiv und Landessprecher der Partei DIE LINKE in Bremen. Er führte das Interview am Rande des EMD und hat diesen Auszug auch übersetzt. Ein Video-Mitschnitt des Gesprächs erscheint demnächst unter http://www.youtube.com/user/dielinkehb (in englischer Sprache).

Nähere Informationen über das Pacific Network on Globalisation sind zu finden auf dessen Website http://www.pang.org.fj.

Über das Solwara-Projekt von Nautilus informiert unter anderem auch die Website http://www.solwaramining.org des Mineral Policy Institute (MPI), einer internationalen zivilgesellschaftlichen Einrichtung mit Sitz in Girrawheen (nördlich von Perth, WA).

Über die zweifelhaften Praktiken von Nautilus und andere, teils skandalträchtige Details zum Tiefseebergbau im Pazifik informiert die Website http://bismarckramugroup.org/category/sea-bed-mining/.

Deutsche Interessen an mineralischen Rohstoffen in der Tiefsee

20.000 Bagger unter dem Meer

Von Linda Rehmer* und Herbert Behrens**

Bis zum 16. Juni 2014 laufen auf EU-Ebene die Konsultationen zum Tiefseebergbau, an dem auch Deutschland vermehrt Interesse anmeldet. Beim Tiefseebergbau geht es nicht nur um die Erdöl- und Gasförderung, sondern (wie bereits erläutert) auch um den Abbau von mineralischen Rohstoffen. Das sind Massivsulfide, die sich an Hydrothermalquellen – also Unterseevulkanen an tektonischen Plattengrenzen – bilden, Manganknollen oder auch Kobaltkrusten.

Deutschland besitzt derzeit Explorationslizenzen für Manganknollen in zwei Gebieten des östlichen Nordpazifiks. Die genaue Größe der Erkundungsgebiete gibt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE (1) mit insgesamt rund 75.000 Quadratkilometern an (2). Eine weitere Explorationslizenz für Massivsulfide hat Deutschland bei der Internationalen Meeresbodenbehörde (IMB) beantragt, das Gebiet liegt im Indischen Ozean (3).

Zwar gibt es nach Aussage der Bundesregierung bisher kein deutsches Unternehmen, das den Abbau von mineralischen Rohstoffen am Meeresboden durchführen könnte. Auch ist seitens der Bundesregierung „nicht geplant, den Aufbau eines deutschen Bergbauunternehmens finanziell oder strukturell zu unterstützen". Wohl stellt Deutschland aber technologisches Knowhow international zur Verfügung, wie die Zusammenarbeit zwischen dem kanadischen Unternehmen Nautilus Minerals Inc. und der deutschen Reedereigruppe Harren & Partner mit Sitz in Bremen zeigt. Für den Abbau von Massivsulfiden vor Papua-Neuguinea soll Harren & Partner – siehe auch Artikel Seite 14 – ein Spezialschiff zur Förderung bauen.

Die Tiefsee beginnt ab einer Meerestiefe ab 800 Meter. Hierhin dringt nur noch das kurzwellige blaue Licht vor. Ab 1000 Meter Tiefe herrscht völlige Finsternis. Die Wassertemperatur tendiert um den Gefrierpunkt, der Wasserdruck steigt bis zum Boden stetig an. In 6000 Metern Tiefe beträgt er 600 bar, bei 11.000 Metern 1100 bar. Unter diesen Bedingungen laufen biologische Prozesse sehr langsam ab, Eingriffe in dieses Ökosystem haben deshalb vergleichsweise große ökologische Auswirkungen.

Eine Wiederbesiedlung nach dem Rohstoffabbau kann gerade bei endemischen Arten – also den Arten, die weltweit nur in sehr wenigen Gebieten vorkommen – sehr langwierig oder gar unmöglich sein. Biologen warnen vor einem vollständigen Verlust. Anders der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU): „Im Fall der Manganknollen wird durch den Abbau das einzige Hartsubstrat entfernt. Untersuchungen zur Wiederbesiedlung [...] haben gezeigt, dass zwar bereits nach wenigen Jahren eine weitgehende Wiederbesiedlung erfolgte, die Artenzusammensetzung aber auch 26 Jahre nach dem Eingriff gegenüber den Referenzflächen verändert war" (4).

Die Bundesregierung gibt für den Abbau von zwei Millionen Tonnen Manganknollen im Jahr einen Flächenverbrauch von 130-200 Quadratkilometer Meeresboden an. Der Abbau von Massivsulfiden beschränkt sich zwar lediglich auf die so genannten „Schwarzen Raucher" und auch nur auf die inaktiven. Diese sollen allerdings laut Bundesregierung vollständig abgebaut werden. Ein Abbau von Hydrothermalquellen bis in eine Tiefe von mehreren zehn Metern in den Untergrund, wie die Bundesregierung aussagt, ist allerdings verantwortungslos. Zwar wurde beobachtet, dass die Lebensgemeinschaften von erkalteten Quellen abwandern. Allerdings ist das Wissen um die bodenlebenden Organismen noch sehr lückenhaft, und ein Verbleib von spezialisierten Lebewesen nicht ausgeschlossen. Zudem ist fraglich, ab wann eines der artenreichsten Meeresökosysteme inaktiv ist, wenn der wirtschaftliche Druck steigt.

Weitere ökologische Folgen des Tiefseebergbaus sind die Abdeckung von benthischen Organismen durch aufgewirbelte Partikel rund um die Abbaufläche, Trübungswolken an der Wasseroberfläche oder in mittleren Wasserschichten durch Rückleitung des mit den Manganknollen geförderten Transportwassers (5) und verstärkter Schiffsverkehr, einhergehend mit stofflichen und akustischen Emissionen und erhöhten Havarierisiken (4). Aber auch die Weiterbehandlung des Fördergutes an Bord und der Seetransport sind Bestandteile des Tiefseebergbaus und unter diesem Gesichtspunkt in die ökologische Rechnung mit einzubeziehen. Deutschlands Rohstoffhunger darf weder auf Kosten der Menschen noch der Umwelt gehen.

Gebiete in der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) der EU sind für mineralische Rohstoffvorkommen weitestgehend zu flach. Bergbauvorhaben in der Tiefsee liegen in internationalen Gewässern in der Verantwortung der Internationalen Meeresbodenbehörde (IMB) oder aber in der AWZ von weit entfernten Nationalstaaten. Diese Staaten sind in ihrer Verhandlungsmacht gegenüber den juristisch und ökonomisch sehr potenten Unternehmen nicht gleichberechtigt. Die ökologische und soziale Verantwortung Deutschlands darf nicht in der Konkurrenz mit anderen Staaten um die Abbaurechte von mineralischen Rohstoffen der Tiefsee untergehen. Die von der Bundesregierung angeführte Ausbildung von Expertinnen und Experten aus den Entwicklungsländern zu den Explorationsmethoden reicht bei Weitem

nicht aus. Mitsprache sowie rechtliche und finanzielle Beteiligung der Nationalstaaten vor Ort, ferner angemessene Arbeitsbedingungen und Entlohnung der Arbeiterinnen und Arbeiter, die direkt und indirekt in den Tiefseebergbau involviert sind, zählen zu den Mindestanforderungen. Zudem kommt es jetzt darauf an, ökologische Weichen zu stellen, für die weitere Ausweisung von Meeresschutzgebieten zu streiten, und sich für die Einhaltung und weitere Verschärfung des Seerechtsübereinkommens (SRÜ) einzusetzen.

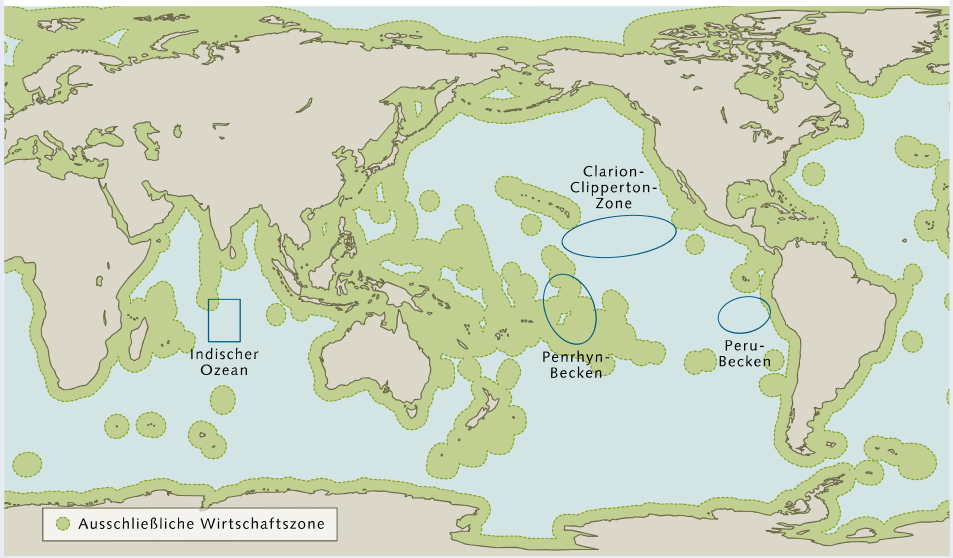
In die Konsultation zum Tiefseebergbau auf EU-Ebene werden laut Bundesregierung nicht nur Fachbehörden, sondern auch Wissenschaft, Industrie und Verbände einbezogen. Allerdings bezeichnet die Bundesregierung in ihrer Antwort die Konferenz auf dem Europäischen Tag des Meeres (EMD) in Bremen (siehe Seite 20) als „Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen". Das ist ein Witz. Auf der EMD-Tagung war von Umweltschutzseite lediglich der WWF – und keine einzige Menschenrechtsorganisation vertreten. Wachstumskritische Diskussionen hatte es nur auf der zivilgesellschaftlichen Konferenz im Vorfeld des EMD gegeben, der dieser Schwerpunkt gewidmet ist. Die dort unter anderem verabschiedete Forderung nach einem internationalen Moratorium für den Abbau von Erzen aus der Tiefsee massiv zu unterstützen und in die Öffentlichkeit zu tragen – das ist die geeignete Reaktion auf derart verdummende Äußerungen nicht nur der Bundesregierung.

Ab 2016 wird die IMB erstmals Förderlizenzen für den ökologisch äußerst umstrittenen Tiefseebergbau vergeben. Dann könnte auch Deutschland seine Erkundungslizenzen bei der IBM in Förderlizenzen umwandeln – wenn es nicht gelingt, das zu verhindern. Deutschland ist also im Rennen um die Sicherung von Tiefseeressourcen vorn mit dabei. ◀

Die weltweit bekannten Manganknollenvorkommen bergen große Mengen strategisch wichtiger Metalle. Die Tabelle vergleicht die – geschätzten – Vorkommen in der so genannten „Clarion-Clipperton-Zone" (CCZ), in der auch die BRD zwei „Claims" besitzt, mit den bekannten Ressourcen und Reserven an Land. Zwar kommen Manganknollen in allen Meeren vor, aber nur in vier Gebieten – siehe Karte – wird nach heutiger Kenntnis ihre Dichte für groß genug gehalten für industriellen Abbau. Tabelle und Karte stammen aus dem „World Ocean Review (Band 3) des Projekts „Ozean der Zukunft" und des mare-Verlags. Die Reviews stehen gratis zur Verfügung – sowohl zum Download als auch (auf Anfrage) als kostenlose Print-Ausgabe: http://worldoceanreview.com. – Die Forscher warnen in ihrer Betrachtung zwar eindringlich vor den Risiken des Tiefseebergbaus, verzichten aber leider auf eine entschiedene Stellungnahme gegen derartige Vorhaben. Immerhin geben sie „grundsätzlich ... bedenken, dass hier mögliche Vorkommen auf See mit tatsächlich wirtschaftlich gewinnbaren Vorkommen an Land verglichen werden. Ob und wie viel Metall künftig aus Manganknollen gewonnen werden kann, ist völlig offen."

Metallgehalte der Manganknollenvorkommen in Millionen Tonnen

Elemente	Clarion-Clipperton-Zone (CCZ)	Globale Reserven und Ressourcen an Land (sowohl wirtschaftlich abbaubare als auch subökonomische Vorräte)	Globale Reserven an Land (heute wirtschaftlich abbaubare Vorräte)
Mangan (Mn)	5992	5200	630
Kupfer (Cu)	226	1000+	690
Titan (Ti)	67	899	414
Seltenerdoxide	15	150	110
Nickel (Ni)	274	150	80
Vanadium (V)	9,4	38	14
Molybdän (Mo)	12	19	10
Lithium (Li)	2,8	14	13
Kobalt (Co)	44	13	7,5
Wolfram (W)	1,3	6,3	3,1
Niob (Nb)	0,46	3	3
Arsen (As)	1,4	1,6	1
Thorium (Th)	0,32	1,2	1,2
Bismut (Bi)	0,18	0,7	0,3
Yttrium (Y)	2	0,5	0,5
Platinmetalle	0,003	0,08	0,07
Tellur (Te)	0,08	0,05	0,02
Thallium (Tl)	4,2	0,0007	0,0004



Anmerkungen:

* Linda Rehmer ist Umweltreferentin der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

** Herbert Behrens ist Mitglied des Bundestages, Verantwortlicher für maritime Fragen in der Linksfraktion.

1. „Ökologische Auswirkungen des Tiefseebergbaus", Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE, 18 / 1260; Antwort der Bundesregierung 18 / 1597.
2. Koordinaten: zwischen 13° Nord / 138° West und 12° N / 118° W; siehe auch WATERKANT, Jg. 28, Heft 4 (Dezember 2013), Seite 15.
3. Koordinaten: zwischen 21° Süd / 68° 30' Ost und 21° S / 70° O sowie zwischen 28° 45' S / 75° 10' O und 30° S / 76° 30' O.
4. Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU): „Menschheitserbe Meer" – Hauptgutachten „Welt im Wandel"; Download (gratis): www.wbgu.de; Print: 385 Seiten, Berlin 2013, ISBN 978-3-936191-39-4.
5. Umweltbundesamt (UBA): „Tiefseebergbau und andere Nutzungsarten der Tiefsee", http://www.umweltbundesamt.de/themen/wasser/gewaesser/meere/nutzung-belastungen/tiefseebergbau-andere-nutzungsarten-der-tiefsee, 7. Juni 2013.

Am 20. August erlangt das ILO-Seearbeitsübereinkommen für Deutschland Gültigkeit

Ein Grundrechtekatalog für die Seeleute

Von Heike Proske*

Am 20. August ist es endlich soweit: Die 2006 verabschiedete „Maritime Labor Convention" (MLC) tritt auch in Deutschland offiziell in Kraft. Ziel des Übereinkommens ist es, weltweit durch Vereinheitlichung internationaler Arbeitsstandards die Rechte der Seeleute während ihrer Arbeit an Bord und während ihrer Aufenthalte in den Häfen zu sichern. MLC bedeutet einen wesentlichen Fortschritt – auch für die Arbeit der Deutschen Seemannsmission.

Ein Seemann telefoniert am Seemannsclub „Welcome" in Bremerhaven mit daheim – Telefonkarten gehören zu den wichtigsten Kleinigkeiten in der Betreuung der Seeleute.

Fotos (2): DSM

Die MLC war bereits ein Jahr zuvor, am 20. August 2013, in Kraft getreten – allerdings wegen der komplexen Ratifizierungs-Vorschriften zunächst nur in den 30 Staaten, die bis August 2012 ihre Urkunden bei der International Labour Organisation (ILO) hinterlegt hatten – 30 Staaten mit mehr als 33 Prozent der Welthandelstonnage (1). Weil aber die Bundesregierung, wie berichtet (2), die Ratifizierung erst am 16. August 2013 beurkundet hatte, kann die MLC nun in Deutschland erst ein Jahr später offiziell Gültigkeit erlangen.

Inzwischen ist die MLC auf ihrem Erfolgskurs nicht mehr aufzuhalten: Aktuell haben – Stand: 31. Mai 2014 – insgesamt 56 Mitgliedsstaaten der ILO, die fast 80 Prozent der Welthandelstonnage repräsentieren, das Übereinkommen ratifiziert. Es bestätigt nachdrücklich, dass die weltweit mehr als 1,2 Millionen Seeleute eine wesentliche Rolle im internationalen Handel und der internationalen Wirtschaft spielen – und garantiert ihnen dafür lange überfällige Rechte. Die Entscheidung zu solch einem umfassenden globalen Instrument war 2001 von den internationalen Seemanns- und Schifffahrtsorganisationen in Zusammenarbeit mit den Regierungen getroffen worden. An der Ausarbeitung der MLC war die Deutsche Seemannsmission (DSM) durch ihre internationale Dachorganisation ICMA (International Christian Maritime Association) aktiv beteiligt (3).

Das Übereinkommen besteht in acht global schifffahrtsrelevanten Sprachversionen – Englisch, Französisch, Spanisch, Arabisch, Chinesisch, Deutsch, Portugiesisch und Russisch –, die englische und die französische Fassung sind gleichermaßen rechtsverbindlich. In 16 Artikeln und mehr als zwei Dutzend Regeln legt das Seearbeitsübereinkommen auf 129 Seiten (deutsche Fassung) fest, dass jeder Mitgliedsstaat, der das Abkommen ratifiziert hat,

- sich dazu verpflichtet, das Recht aller Seeleute auf eine menschenwürdige Beschäftigung sicher zu stellen;
- sich dazu verpflichtet, dass die Gesetzgebung jedes Mitgliedsstaates das Recht auf Vereinigungsfreiheit und Rechte in Bezug auf die Beseitigung jeglicher Form von Zwangs- und Pflichtarbeit, Kinderarbeit und Diskriminierung am Arbeitsplatz achtet;
- sicherstellt, dass die eigene Gesetzgebung allen Seeleuten das Recht auf einen sicheren und gefahrlosen Arbeitsplatz und das Recht auf angemessene Beschäftigungsbedingungen und menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen auf dem Schiff gewährt;
- sicherstellt, dass die nationale Gesetzgebung allen Seeleuten Sozialschutz gewährt, unter anderem Gesundheitsschutz und medizinische Betreuung.

Der Aufbau des Übereinkommens ist recht komplex: Es besteht aus drei verschiedenen, aber zusammenhängenden Teilen – aus den Artikeln, den Regeln und dem Code. In den Artikeln und Regeln sind die Rechte und Prinzipien sowie die grundlegenden Verpflichtungen der Mitgliedsstaaten festgelegt, der Code enthält Einzelheiten zur Durchführung der Regeln. Er umfasst allerdings nur in Teil A verbindliche Normen, sein Teil B enthält nicht verbindliche Leitlinien (4).

In fünf Abschnitten („Titeln") setzen die Regeln und der Code weit reichende Standards für die Arbeits- und Lebensbedingungen an Bord und greifen so tief und schützend in den Alltag der Seeleute ein:

- Titel 1 legt die Mindestanforderungen für die Arbeit von Seeleuten auf Schiffen fest.
- Titel 2 beschreibt Details zu den Beschäftigungsbedingungen.
- Titel 3 stellt sicher, dass die Unterkünfte, Freizeiteinrichtungen und die Verpflegung bestimmten Standards entsprechen.
- Titel 4 setzt Regeln zum Schutz der Gesundheit, der medizinischen sowie der sozialen Betreuung und gewährleistet die soziale Sicherheit (hier vor allem liegen die Aufgabengebiete der DSM).
- Titel 5 enthält Bestimmungen zur Erfüllung und Durchsetzung des Seearbeitsübereinkommens.

Jedes unterzeichnende Land muss angeben, welche Bereiche der sozialen Sicherheit für ihr Land gelten sollen; minimal drei von neun Möglichkeiten müssen gewählt werden. Die meisten Staaten haben ihr Wahlrecht auf dieses Minimum von drei Bereichen beschränkt: Zustandekommen und Umsetzung des Seearbeitsübereinkommens zeigen einmal mehr, wie schwierig es ist, Minimal-Standards anzuheben. Kaum ein Land hat bei der Umsetzung des Seearbeitsübereinkommens den Seeleuten mehr Rechte eingeräumt als in diesen Minimal-Standards formuliert.

Immerhin liegt nun ein übersichtliches Dokument vor und es ist nicht mehr nötig, unzählige kleinere Übereinkommen nebeneinander zu legen. Angesichts der Entwicklungen im Kaufrecht, wo immer stärker auf „fair trade" geachtet und damit gute Arbeitsbedingungen und fairer Lohn für Produzenten unterstützt werden,

Der Sicherheitskontrolle muss sich jeder unterziehen, der an Bord geht – das gilt auch für alle Mitarbeitenden der Seemannsmission.

Unterstützen Sie die Arbeit der Deutschen Seemannsmission mit Ihrer Spende:

Deutsche Seemannsmission e.V.
support of seafarers' dignity

Spendenkonto:
Deutsche Seemannsmission e. V., Jippen 1, D-28195 Bremen
Evangelische Darlehnsgenossenschaft (EDG), Kiel
IBAN: DE04 2106 0237 0000 0330 30
BIC: GENODEF1EDG
Stichwort: Spende DSM

bleibt es zu hoffen, dass eine ähnliche Bewegung nun auch den Transportsektor erreicht. Es gilt festzustellen und durchzusetzen, dass „fair trade" auch fairen Transport einschließen sollte. Obwohl mehr als 90 Prozent aller Wirtschafts- und Konsumgüter über den Seeweg transportiert werden, spielt die Situation der Menschen, die diese Arbeit leisten, in den meisten Zusammenhängen keine Rolle. Die Konferenz „Ein anderes Meer ist möglich", an der auch die DSM beteiligt war, hat beispielsweise unter anderem auch eine Abschaffung so genannten Billigflaggen mit häufig menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen gefordert.

Für die DSM stellt Regel 4.4 – „Zugang zu Sozialeinrichtungen an Land" – die ausschlaggebende Bestimmung dar: Danach soll Seeleuten während der Liegezeiten in den Häfen der Zugang zu Einrichtungen und Diensten an Land möglich sein, um ihre Gesundheit und ihr Wohlbefinden zu gewährleisten (5).

Laut MLC sollen die Länder bereits vorhandene Sozialeinrichtungen in den Häfen nutzen und fördern. Für Deutschland – und die meisten anderen Länder weltweit – haben die Seemannsmissionen diese Aufgabe übernommen. Lange bevor das Wort „diskriminierungsfrei" im Seearbeitsgesetz verankert wurde, arbeitete die DSM weltweit mit allen Seeleuten – ohne auf Nationalität, Religion, Kultur, Geschlecht oder politische Meinung zu achten. Seeleute sind in fast allen Ländern der Erde „Fremde", daher bietet die DSM mit ihren Stationen „ein Stück Heimat in der Fremde". Viele für Menschen an Land alltägliche Dinge stellen Seeleute vor oft unüberwindbare Hindernisse: Zeitungen, Bücher und DVDs in der Muttersprache, Sportmöglichkeiten, Gespräche mit Menschen, die nicht zur Hierarchie an Bord oder zu Kontrollinstanzen in den Häfen gehören, ruhige Orte zum Nachdenken oder zur Religionsausübung – all dies bietet die DSM allen Seeleute kostenfrei an, in 15 Stationen in Deutschland sowie in 16 Stationen außerhalb Deutschlands auf vier Kontinenten.

Das bringt Probleme mit sich: Obwohl die DSM diese Arbeit seit mehr als 125 Jahren leistet und durch MLC künftig stärker gefordert wird, erhält sie sowohl von der öffentlichen Hand als auch von den Kirchen immer weniger Fördergelder: Unterstützung seitens deutscher Institutionen ist schwerpunktmäßig auf deutschsprachige Menschen ausgerichtet – aber die Zahl deutscher Seeleute nimmt rapide ab, zur Zeit sind es nur noch etwa 12.000. Mehr als die Hälfte aller Mittel der DSM kommt aus Spenden vieler einzelner Personen und freiwilligen Abgaben der Reeder. Damit also Seeleute weiterhin Sozialeinrichtungen in möglichst vielen Häfen dieser Welt vorfinden und nutzen können, ist die DSM für jede weitere Spende dankbar. Außerdem sollten die in der MLC zur Finanzierung von Sozialeinrichtungen vorgesehenen Möglichkeiten konkret zur Mitfinanzierung der bereits vorhandenen Infrastruktur eingesetzt werden.

Damit das Seearbeitsübereinkommen eine wirkliche Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Seeleute an Bord mit sich bringt, müssen schließlich die vorgesehenen Kontrollmechanismen der Hafenstaaten effektiv genutzt werden. Nur dann wird die Umsetzung der MLC als so genannter vierter Säule des internationalen maritimen Rechts – nach SOLAS, STCW und MARPOL – den Seeleuten die Vorteile bringen können, die sie lange verdient haben. ◀

Anmerkungen:

* Heike Proske ist Generalsekretärin der Deutschen Seemannsmission (DSM e. V.).

1. ILO-Pressemitteilung vom 16. August 2013
2. siehe auch WATERKANT, Jg. 27, Heft 4 (Dezember 2012), Seite 14 ff.
3. siehe auch WATERKANT, Jg. 21, Heft 2 (Juni 2006), Seite 21 ff.
4. Während jeder Staat, der dieses Abkommen ratifiziert hat, völkerrechtlich verpflichtet ist, die Normen in Teil A umzusetzen, stellen die Normen des Teils B lediglich Empfehlungen zu einer effektiven Umsetzung der bindenden Regeln dar.
5. Laut einer Studie verringern sich Unfälle und Arbeitsausfälle auf See um mehr als 80 Prozent, wenn Seeleute regelmäßig die Chance haben, Sozialeinrichtungen an Land zu besuchen. Der Stressfaktor wird derartig gesenkt, dass Aufmerksamkeit und Motivation an Bord unverhältnismäßig besser werden. – Kahveci, Erol: „Fast turnaround ships and their impact on crews"; Seafarers International Research Centre (SIRC); Cardiff, 2001; ISBN 1 90 0174 05 7.

„European Maritime Day“ in Bremen – Lobbyisten machen Druck für Meeresausbeutung

Ressourcengier und Subventionen

Von Burkhard Ilschner

Zwar gelang es dem Wirtschaftssenator des Landes Bremen, Martin Günthner (SPD), mit Bravour, sich und das Bundesland intellektuell zu blamieren, aber er hatte Glück: Im Aufbruchtrubel des nahen Kongressendes ging das unter. Rund 1150 Lobbyisten, Verwaltungsfachleute und Politiker hatten sich Mitte Mai zum „European Maritime Day“ (EMD) in der Hansestadt versammelt – um, wie erwartet, über die „nachhaltige“ Ausbeutung der Meere zu diskutieren.

Draußen vor dem Bremer Congress Centrum hatten Greenpeace-Aktivisten eine Skulptur aufgebaut, die das Grimm‘sche Märchen von den Stadtmusikanten verballhornte: Radioaktive Fässer, ein Trawler, ein Tanker und eine Bohrplattform – stilisiert zum Symbol für die Rücksichtslosigkeit in der Meeresnutzung. Der Mär nach fanden bekanntlich Hahn, Katze, Hund und Esel den Weg nach Bremen, denn „etwas Besseres als den Tod finden wir überall“. Und irgendwie scheint den Bremern noch nie in den Sinn gekommen zu sein, dass diese Aussage vielleicht nicht als Gütesiegel gemeint sein könnte...

Insofern reihte sich der Fauxpas des Wirtschaftsministers als Co-Gastgeber exzellent ein. Der legendären Meeresexpertin Elisabeth Mann Borgese wird die Aussage zugeschrieben, der Mensch wisse mehr über die Rückseite des Mondes als über die Meere und insbesondere die Tiefsee. In der EMD-Begrüßungsrede des Bremer Regierungschefs Jens Böhrnsen (SPD) geriet dies schon zu einem „mehr über den Mars“ – und Günthner toppte das dann, als er diese Worte zu einer eher hilflosen Attacke gegen den zivilgesellschaftlichen Kongress vor dem und gegen den EMD ummünzte: Er habe noch nie von einer Konferenz „Ein anderer Mars ist möglich“ gehört, peinlichte der Senator.

Wie zuvor bereits wiederholt berichtet, stand der jährliche EMD-Kongress als offizielles Event der Brüsseler EU-Kommission in diesem Jahr in Bremen unter dem Motto „Innovation driving Blue Growth“. Und er ging so zu Ende, wie seine Kritiker es vorausgesagt hatten: Ausgerichtet auf Meeresnutzung, spielten Fragen der Ökologie nur eine untergeordnete Rolle – häufig auch nur als behauptete Fortschrittsbremse. Zwar hatte der WWF mittels eines Workshops eine teilweise engagierte Debatte über die „Nachhaltigkeit“ in der Nutzung lebender und nichtlebender Ressourcen der Tiefsee inszeniert. Aber im Umfeld von mehr als zwei Dutzend Workshops und etlichen Plenarveranstaltungen ging das ein bisschen unter: Die zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich intensiv mit dem EMD befasst hatten, fanden sich von den amtlichen Veranstaltern mit ihren weiteren Informationsangeboten eher an den Rand gedrängt. Immerhin waren sie durchs Auftreten vor dem Congress Centrum für die Medien präsent – und hier gelang es auch, unter deren Kameras und Mikrofonen der EU-Meeres-Kommissarin Maria Damanaki sowohl die Resolution „Ein anderes Meer ist möglich“ (Seite 10-11) als auch die Botschaft der pazifischen Zivilgesellschaft gegen den Tiefseebergbau zu überreichen.

Allerdings konnte es nicht überraschen, dass sich das nicht auch im Kongress niederschlug. Nur gelegentlich ging es um die Frage, ob nicht industrielle Nutzungen der Meere zurückgestellt werden müssten, um erst ihre möglichen Folgen für die Meeresumwelt zu erforschen. In der Regel lautete die Antwort „Nein“, bestenfalls „Ja, aber...“: Eine Lobbyistin schwärmte den Teilnehmern vor, das „blaue Kapital“ sei das am besten verbreitete Kapital der Welt. Man könne, nein, müsse zügig beginnen, um die benötigten Investitionen zu mobilisieren; durch Begleitforschung könnten dann in situ die Folgen untersucht werden. Über Garantien, bei etwa festgestellten Unverträglichkeiten die betreffende Aktivität zu stoppen, wurde nicht gesprochen.

Rund 1150 Teilnehmer aus ganz Europa, deutlich weniger als von den Veranstaltern erwartet, hatten sich in Bremen zum EMD versammelt – neben Politik, Verwaltung und Wissen-

Das Märchen von den Bremer Stadtmusikanten stand Pate für diese Skulptur, mit der Greenpeace die Meeresausbeutung geißelte.

schaft vor allem die so genannten „stakeholder“ aus Industrie, Wirtschafts- und Lobbyverbänden. In diesem Zusammenhang leistete sich Bremen übrigens eine weitere Peinlichkeit: Am zweiten Tag wurden im Plenarsaal die hinteren Reihen mit Bändern abgesperrt, um den Saal für die Medienkameras nicht gar so leer aussehen zu lassen...

Das Spektrum der Begehrlichkeiten in Sachen Meeresressourcen-Nutzung ist breit. Und es ist pekuniär geprägt. Die erwähnten „stakeholder“ bedrängten die Vertreter aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft und forderten von der EU, mit verbesserten Rahmenbedingungen die angestrebten Entwicklungen abzusichern. Der Ruf nach finanziellen Starthilfen gehört ebenso dazu wie der nach verbindlichen Raumordnungsinstrumenten für die EU-Meere. Aber die europäische Industrie drängt auch in fremde Gefilde rund um den Globus und erwartet von Brüssel dafür rechtliche und administrative Risikoabsicherung sowie Subventionen. Einige wenige Beispiele sollen hier zur Verdeutlichung genügen.

Harmlos für die Meeresumwelt etwa nennt sich selbst die Mikroalgen-Nutzung: „Wir ernten nicht im Meer, entnehmen nur Wasser und kultivieren die Algen an Land“. Mikroalgen werden in riesigen Röhrentanks gezüchtet, um sie anschließend in Bio-Raffinerien zu Ölen oder Zusätzen und künftig vielleicht Ersatzstoffen für chemische, pharmazeutische, kosmetische Produkte oder für Nahrungsmittel zu verarbeiten. Das ist noch lange nicht wirtschaftlich, Kostensenkung und Subventionen daher das dringendste Anliegen der jungen Branche. Von möglichen Umweltfolgen der Kultivierungs- und Verarbeitungs-Prozesse war hier ebenso selten die Rede wie bei den Kollegen der Makroalgen-Zucht. Die erfolgt ähnlich der Aquakulturen der Fischzüchter in riesigen „Parks“ vorwiegend in Küstennähe, kann nachweislich erhebliche Belastungen der Meeresumwelt zur Folge haben, soll aber – wenn ihre Kosten „im Griff“ sind – ein reiches Potenzial bieten für Nahrungsergänzungsstoffe, Biochemikalien sowie Biogas, also Energie. Wieder andere Anwender züchten Muscheln nicht als Delikatesse, sondern wegen der Bestandteile ihrer Schalen: Die „Blaue Biotechnologie“ einschließlich nanotechnischer Nutzungen sieht sich auf dem Vormarsch, auch sie erwartet aber von der EU besagte Rahmenhilfe: Raumplanung und Subventionen.

Um Wirtschaftlichkeit sowie um Fördergelder geht es den Apologeten künftiger Energiegewinnung aus dem Meer. Damit war nicht primär die Offshore-Windkraft gemeint, sondern die von Großkonzernen wie Alstom, EDF, GDF Suez oder Siemens betriebene Entwicklung gigantischer Rotor- oder Turbinenanlagen im Meer – zur Umwandlung von Wellen-, Strömungs- oder Gezeitenkraft in elektrischen Strom. Stationäre und auch schwimmende Anwendungen sind hier im Gespräch, ferner Installationen, die die Temperaturunterschiede zwischen oberen und tieferen Wasserschichten „verstromen“. All dies erfordert nicht nur Umspannstationen und Verkabelungen, beide überwiegend am Meeresboden, sondern auch einen immensen Stahl- und Betonverbau und somit eine weitere Industrialisierung der Meere. Die Branche sieht darin kein Hindernis, sondern schwärmt von einer tausende Kilometer langen Kette solcher Anlagen entlang der EU-Atlantikküste von Irland bis Portugal.

EU-Kommissarin Maria Damanaki (re.) im Gespräch mit den pazifischen Aktivistinnen Maureen Penjueli (li.) und Rosa Koian (2. v. l.) sowie mit Thilo Maack (Greenpeace) und Kai Kaschinski (fair oceans).

Fotos (2): Burkhard Ilschner

Hafen- und Schifffahrtsexperten debattierten über Emissionen und Schutz vor Piraterie, Fischereipolitik stand ebenso auf der Tagesordnung wie Überwachungstechnik – Letztere unter dem Etikett Sicherheit, aber erklärtermaßen auch geeignet zur Flüchtlings-Abwehr: Unverhohlen wird hier ein Satellitenprojekt vorgestellt, mit dem angeblich im Mittelmeer die Kampagne zum Schutze des Blauflossen-Thuns unterstützt werden soll. Merkwürdigerweise konzentriert sich die Präsentation in ihrer Darstellung auf nur zwei mediterrane Meeresregionen: Gezeigt wird zum einen die Meerenge von Gibraltar mit den gegenüberliegenden spanischen Exklaven Ceuta und Melilla, zum anderen der Bereich zwischen Tunesien und Sizilien – irgendwie scheint der Blauflossen-Thun nur sehr kleinräumig vorzukommen beziehungsweise nur hier schützenswert zu sein...

Last, not least: Obwohl das Thema in dieser Ausgabe zuvor schon vertieft worden ist, darf es im Kontext des EMD nicht unerwähnt bleiben – der insbesondere wegen hoher Risiken und hoher Kosten umstrittene Wettlauf um die Tiefseeressourcen. Niemanden scheint es aufzuregen, wenn Öl- und Gas-Lobbyisten ihre Pläne präsentieren, „ihre“ Ressourcen, teils unter knebelnden Verträgen mit Entwicklungsländern über deren Wirtschaftszonen, aus immer größeren Tiefen zu holen. Offen wird diskutiert, benötigte Installationen fest auf dem Meeresboden zu verankern, der Seegrund wird zur Industrielandschaft. Und selbstverständlich hat auch die Gier nach all den anderen Rohstoffen der Tiefsee die EMD-Debatten beherrscht: Manganknollen, Kobaltkrusten, polymetalische Sulfide oder „Seltene Erden“ – die zivilgesellschaftliche Forderung nach einem Moratorium für den Tiefseebergbau (Seite 7 ff.) hat die „stakeholder“ auf dem EMD eher marginal interessiert.

In diesem Zusammenhang beachtlich ist allenfalls das Schlusswort der Chefin des Bremerhavener Alfred-Wegener-Instituts für Polar- und Meeresforschung (AWI), Karin Lochte. Die sonst als durchaus verwertungsorientiert und wirtschaftsnah bekannte Forscherin hatte ein Resümee des „Europäischen Tags der Meere“ zu ziehen – und sorgte nun für eine Überraschung. Unmissverständlich mahnte sie, wer die Ozeane ausnutzen wolle, müsse zuvor eines sicherstellen: Das „Blaue Wachstum“ setze zwingend eine Akzeptanz durch die Zivilgesellschaft voraus. Die EU-Offiziellen ließen dies zwar unwidersprochen, zeigten aber auch keinen noch so leisen Ansatz des Verstehens oder Akzeptierens, geschweige denn der Selbstkritik. Falls diese Mahnung ernst gemeint sein sollte, dann haben das „Blaue Wachstum“ und die „nachhaltige Meeresnutzung“ noch einen langen Weg vor sich... ◀